

„Wir müssen Integration einfordern“

Ohne Zivilgesellschaft hätte die Flüchtlingskrise in die Katastrophe geführt, meint die Soziologin Ruth Simsa. Sie erklärt, warum Denk- und Diskussionsverbote gefährlich sind und wir einen „Diskurs der Mitte“ brauchen.

HELMUT KRETZL

SN: Die Zivilgesellschaft übernimmt wichtige Aufgaben bei der Betreuung von Flüchtlingen. Versagt der Staat?

Simsa: Zum Teil. Einzelne staatliche Instanzen machen sehr viel, Polizei, Militär und die staatsnahe ÖBB. Aber die Zivilgesellschaft spielt eine sehr große Rolle. Ohne Zivilgesellschaft hätten wir momentan eine Katastrophe. Das ist ein Novum im Vergleich zu früher. Als die Bosnier kamen, gab es auch private Hilfe, mehrheitlich wurde ihre Versorgung aber von Beamten abgewickelt. Heute übernimmt die Zivilgesellschaft Agenden, die eigentlich Aufgabe der öffentlichen Hand sind, wenn sie ankommende Flüchtlinge mit Essen oder einem Dach über dem Kopf versorgt. Da ist die Zivilgesellschaft Lückenbüßer. Zugleich zeigt sie massive Missstände auf und fordert politisches Handeln ein. Sie hilft und mischt sich in die Politik ein.

SN: Es gibt den Vorwurf, die staatliche Versorgung sei absichtlich nicht optimal, um Flüchtlinge abzuschrecken. In Deutschland wird auch diskutiert, dass die öffentliche Hand die Arbeit der Zivilgesellschaft behindert. Wenn die Polizei Helfer beim Ausladen von Hilfsgütern mit Parkstrafen belegt oder wenn man sie nicht kochen lässt, weil das angeblich Standards verletzt. Bei uns war es ein Problem, dass die Zivilgesellschaft in Traiskirchen lang nicht zugelassen war.

SN: Wie beurteilen Sie die Rolle der Privatwirtschaft? Manche Unternehmen spielen eine positive Rolle, wenn sie Hygieneartikel zum Einkaufspreis anbieten oder Waren für Flüchtlinge spenden. Zwar sind solche CSR-Aktivitäten („corporate social responsibility“, gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) nicht immer uneigennützig. Aber Hut ab vor den Firmen, die da auch viel Kritik in Kauf nehmen. Vermutlich könnte



Der Zuzug von Flüchtlingen ist eine Herausforderung für Gesellschaft und Wirtschaft.

BILD: SN/JONATHAN STUTZ - FOTOLIA

die Wirtschaft noch mehr machen. Letztlich ist die Versorgung der Flüchtlinge aber Aufgabe des Staates. Es würde schon reichen, wenn Steuerflucht konsequenter verhindert würde, dann hätte der Staat ausreichend Geld für die Flüchtlingsbetreuung. Wenn Unternehmen aus einer karitativen Grundhaltung noch etwas dazugeben, umso besser. Die Wirtschaft hat natürlich auch ein Eigeninteresse an zusätzlichen Arbeitskräften.

SN: Wie kann man seriös unterscheiden zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen?

Der Übergang ist fließend. Bin ich ein Wirtschaftsflüchtling, wenn ich im eigenen Land verhungere? Man muss das offen diskutieren, jenseits ideologischer Verhärtungen. Ich glaube, es gibt ein Limit für die Zahl an Menschen, die eine Gesellschaft aufnehmen kann. Trotzdem muss man hilfesuchende Menschen angemessen erstversorgen, wenn sie in unser Land kommen. Dazu gibt es keine Alternative. Hier geht es

um Menschenrechte und Menschlichkeit. Denk- und Diskussionsverbote, mit denen man vielleicht die Ideologie rechtspopulistischer Zäune abwehren will, sind aber nicht hilfreich. Wir müssen diskutieren, ob wir alle nehmen können, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Oder über die Höhe der Mindestsicherung für Asylbewerber. Solche Diskussionen würde ich nicht dem rechten Lager überlassen. Die wahre Verteilungsproblematik besteht allerdings nicht zwischen Flüchtling und Mindestpensionistin, sondern zwischen Arm und Reich.

SN: Kann man abschätzen, wie sich massiver Zuzug auf eine Gesellschaft auswirkt?

Da fehlen die Erfahrungen. Frühere Flüchtlinge waren anders und kamen von woanders. Aber ich bin zuversichtlich, dass im Unterschied zu früheren Zuwanderungswellen jetzt offener und differenzierter diskutiert wird. Wir haben aus früheren Erfahrungen gelernt.

SN: Was denn?

Etwa, dass wir schnell und aktiv mit integrativen Maßnahmen ansetzen müssen. Bei der Zuwanderung der Gastarbeiter ist man davon ausgegangen, dass sie nicht lang bleiben, da war Integration kein Thema. Wir haben auch gelernt, dass wir von den Migranten auch Integration fordern. Wir müssen klarstellen, dass gewisse Dinge nicht verhandelbar sind, etwa die Gleichstellung von Frauen, individuelle Freiheit oder Selbstbestimmung. Die breiten Integrationsaktivitäten der Zivilgesellschaft machen einen großen Unterschied zu früheren Immigrationswellen. Jetzt beeinflussen sich Zivilgesellschaft, öffentliche Hand und Wirtschaft gegenseitig. Damit wird es auch für Unternehmen akzeptabler, sich zu engagieren, und die Politik handelt zum Teil mutiger.

SN: Was sagen Sie jemandem, der sich trotzdem fürchtet?

Man diskutiert das immer nur als Problem. Aber solange es klare Re-

geln gibt und wir die Grundfesten unserer Gesellschaft sehr selbstbewusst verteidigen, können wir die gegenwärtige Entwicklung auch mit Offenheit und Neugier sehen: Was bringen die Flüchtlinge mit, wie können sie unsere Gesellschaft bereichern? Was lösen sie auch in uns an Positivem aus? Erst durch Flüchtlinge haben wir bemerkt, was in uns steckt, welche Hilfsbereitschaft und welches Engagement. Sie bringen uns etwas, das wir nicht hatten. Sie werden Unternehmen gründen und neue Facetten in unsere Welt bringen. Mich macht das auch neugierig. Ich glaube auch den Ökonomen, die sagen, dass Flüchtlinge langfristig mehr Geld bringen, dass sie ökonomisch „rentabel“ sind. Sie bremsen auch die Überalterung. In Gebieten mit großer Abwanderung wie dem Waldviertel werden wir sie brauchen. Da ist die Rollatordichte höher als die Fahrraddichte.

SN: Sind auch Gegenbewegungen wie Pegida Teil der Zivilgesellschaft?

Ich folge der Sichtweise, dass zur Zivilgesellschaft gewaltfreie und tolerante Aktivitäten gehören. Es gibt einen Diskurs der Angst und des Hasses und einen des Helfens, der Offenheit und Menschlichkeit. Ein Problem ist, dass diese getrennt sind und auseinanderdriften. Die einzigen, die Angst aufgreifen, leidet aber auch schüren, sind Rechtspopulisten wie HC Strache. Lösungen bieten sie allerdings nicht. Wir brauchen auch in der Mitte der Gesellschaft einen Diskurs über Ängste, Grenzen und mögliche Vorteile der Integration.

Ruth Simsa studierte Volkswirtschaft. Nach Auslandsaufenthalt lehrt sie seit dem Jahr 2000 als ao.



Professorin Soziologie an der WU Wien. Dort leitet sie auch das Kompetenzzentrum für Non-Profit-Organisationen und Social Entrepreneurship.

Razzien bei VW-Töchtern

WOLFSBURG. Tief zerknirscht gibt sich der VW-Konzern nach dem Abgasskandal. „Wir haben einen großen Fehler gemacht“, heißt es in der VW-Mitarbeiterzeitschrift. Der Konzern sei bemüht, das Vertrauen der Kunden wiederherzustellen. Am Wochenende hat der zurückgetretene VW-Chef Martin Winterkorn auch seine Funktion an der Spitze der Porsche-Holding PSE zurückgelegt. Laut Insidern sollen vier Versionen der illegalen Manipulationssoftware zum Einsatz gekommen sein. Mehrere Länder ermitteln jetzt wegen Betrugs, in Frankreich und Italien beschlagnahmte die Polizei Unterlagen aus VW-Niederlassungen. Allein in Deutschland sollen rund 10.000 Taxis von VW-Rückrufen betroffen sein. SN, dpa, Reuters

KURZ GEMELDET

IT-Dienstleister Beko verlässt die Börse

WIEN. Der heimische IT-Dienstleister Beko zieht sich noch heuer von den Börsen Frankfurt und München zurück. Am 20. November sollen die Aktionäre in einer Hauptversammlung den Ausschluss für Minderheitsaktionäre (Squeeze-out) beschließen, geht aus dem „Amtsblatt der Wiener Zeitung“ hervor. SN, APA

Ex-Microsoft-Chef kauft sich bei Twitter ein

SEATTLE. Der frühere Microsoft-Chef Steve Ballmer hat insgesamt vier Prozent am Kurznachrichtendienst Twitter erworben, wie er über Twitter mitteilte. Ballmer nutzte den Kurssturz nach enttäuschenden Zahlen zum Einstieg und dürfte jetzt mehr Anteile halten als Twitter-Chef Jack Dorsey. SN, dpa

Erstmals Negativzinsen bei einer Schweizer Bank

OLTEN. Die Alternative Bank gibt als erste Bank der Schweiz Negativzinsen an Privatkunden weiter. Ab Anfang 2016 verrechnet man 0,125 Prozent Zinsen, ab 100.000 Franken gar 0,75 Prozent. Auf den übrigen Konten gilt Nullzins. Die Bank erhöht auch die Tarife für die Führung von Alltags- und Einlagekonten. SN, sda

USA stoppen Lizenzen für Ölbohrung in Arktis

WASHINGTON. Die US-Regierung will in der Arktis vorerst keine Ölbohrkonzessionen mehr vergeben. Washington stoppte zwei Versteigerungen und lehnte Anträge von Shell und Statoil auf Verlängerung ihrer Arktis-Lizenzen ab. Die niedrigen Ölpreise machen aufwendige Forderungen unrentabel. SN, AFP

Tiroler Firma beschneit Skihallen in China

INNSBRUCK. Die Tiroler Tochter der Südtiroler Schneekanonenfirma TechnoAlpin baut für drei Skihallen in Ägypten und China Beschneigungsanlagen. Dafür hat sie spezielle Schneekanonen entwickelt, die besonders trockenen Schnee produzieren. Das Auftragsvolumen beträgt vier Millionen Euro. SN, APA

Deutsche Bank startet radikalen Umbau

FRANKFURT. Die Deutsche Bank hat einen massiven Umbau beschlossen. Geschäftsbereiche werden verschoben, es gibt Personalrochaden. Personalchef Leithner verlässt die Bank. Ziel sei es, die „Komplexität im Management“ zu verringern, um somit Kundenbedürfnissen besser zu entsprechen. SN, dpa

Deutscher Streit um Flüchtlinge

BERLIN. In Deutschland zeichnet sich ein Streit um die Haltung in der Flüchtlingskrise ab. Der Chef des Verbands der Deutschen Bauindustrie, Michael Knipper, kritisiert die „undifferenzierte Euphorie großer Teile der deutschen Industrie“. Knipper weist auf Risiken einer unkontrolliert hohen Zuwanderung hin. Die Sichtweise, staatliche Milliardenausgaben für Flüchtlinge seien ein kleines Konjunkturprogramm, sei „blauäugig“. Diesen Vorwurf wies der deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zurück. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft fordern, anerkannte Verfolgte müssten so schnell wie möglich in Ausbildung und Beschäftigung kommen. Elementar seien Sprachkenntnisse. SN, dpa